

LOKALES NIDDA

Irritationen in Nidda um das Förderprojekt "Demokratie leben"

vor 3 Tagen

Jetzt teilen:



Wird das Förderprojekt "Demokratie leben" in Nidda fortgeführt? Mit dieser Frage beschäftigten sich intensiv die Stadtverordneten auf Antrag der SPD-Fraktion.



Schon bei der Auftaktveranstaltung von "Demokratie leben" in Nidda hatte es gehapert. Obwohl sich viele Besucher im September 2015 im Bürgerhaus eingefunden hatten, konnte der Begleitausschuss an diesem Abend nicht gegründet werden. Jetzt gab es Irritationen um die Fortführung des Förderprojekts. Archivfoto: Potengowski

Jetzt teilen:



NIDDA - Nidda nimmt 2019 nicht am Förderprojekt "Demokratie leben" teil. Trotzdem ermöglicht es die Stadt, in diesem Jahr Veranstaltungen durchzuführen, die bereits angemeldet waren. Dafür verwendet die Kommune Mittel, die für soziale Projekte im Rahmen der Flüchtlingsarbeit vom Wetteraukreis zur Verfügung stehen. Der städtische Pressesprecher Uwe Bonarius erklärte auf Nachfrage unserer Zeitung: "Aktuell sind wir in finalen Gesprächen, um im kommenden Jahr wieder Teil der Projektförderung 'Demokratie leben' zu werden." Die Stadt hatte laut Bonarius bislang eine vertragliche Zusammenarbeit mit dem Verein "Nachschule Wetterau" als Koordinierungsstelle.

Der Klarstellung des Pressesprechers ging eine Diskussion der Stadtverordneten voraus, die am Dienstagabend im Bürgerhaus tagten. Das Ergebnis ließ zunächst Fragen offen. Bereits in der Januar-Sitzung des Niddaer Parlaments hatte die SPD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag gestellt: Nidda solle weiter an "Demokratie leben" teilnehmen. Diese Eile sahen die Stadtverordneten mehrheitlich nicht, weshalb der Antrag erst jetzt auf der Tagesordnung stand. Bernd Schoeps (Bürger-Liste) erklärte erneut, wieso seine Fraktion keine Dringlichkeit gesehen hatte: SPD-Fraktionsvorsitzender Stefan Knoche sei wie er Mitglied des Begleitausschusses des Programms. Per E-Mail habe die Stadtverwaltung den Ausschuss rechtzeitig über die Pläne informiert, auf die bisherige Art und Weise nicht im Projekt weiterarbeiten zu wollen. Dass Knoche zu diesem Zeitpunkt noch nicht aktiv geworden sei, fuhr Schoeps fort, habe jener mit seiner Schweigepflicht als Ausschussmitglied begründet. Doch nach Ansicht der BL hätte der Sozialdemokrat über den E-Mail-Verteiler im Rahmen des Begleitausschusses nachhaken können, was er jedoch nicht getan habe.

Schon zu Beginn der Stadtverordnetensitzung hatte Bürgermeister Hans-Peter Seum (parteilos) etwas in eigener Sache erklärt. Dabei wandte er sich an die Sozialdemokratin Christine Jäger: "In der vergangenen Sitzung wollte ich zur Dringlichkeit Ihres Antrags und auch inhaltlich Stellung beziehen." Jäger habe daraufhin mit Vehemenz behauptet, dass Seum kein Rederecht habe und nur eine Gegenrede zulässig sei. Seum unterstrich nun, dass ausschließlich Stadtverordnetenvorsteherin Susanne Repp (BL) zu entscheiden habe, wer wann spreche. Jägers Agieren habe er rechtlich prüfen lassen. "Ich bin gemeinsam mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund und einem Fachanwalt für Kommunalrecht

zu dem Ergebnis gekommen, dass ich als Bürgermeister und damit als Sprecher des Magistrats Rederecht beanspruchen kann", betonte Seum. Jäger als seitherige Vorsitzende der SPD-Fraktion und als Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion müsste dies nach Ansicht Seums nicht nur wissen, sondern auch respektieren.

Stefan Knoche begründete den Antrag seiner Fraktion. Das Parlament habe die Teilnahme am "Demokratie leben"-Projekt bereits 2015 beschlossen, und das Programm laufe bis 2019. Überraschend habe der Kreis-Anzeiger im Januar gemeldet, dass Nidda seit Anfang des Jahres auf die Zuschüsse verzichte. Knoche erklärte, die Vorgehensweise der Stadt für rechtlich bedenklich zu halten. Nach Ansicht der SPD fehlen bislang konkrete Fakten und Zahlen, um den Ausstieg zu begründen. "Man muss sich den Sinn und Zweck des Programms vergegenwärtigen: Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit zu sein", betonte Knoche. Dies seien dauerhafte Herausforderungen, weshalb es unverantwortlich sei, auf die Mittel zu verzichten.

"Klärendes Gespräch"

Rathauschef Seum erwiderte, dass das Programm quasi sein Kind sei. Gleichzeitig müsse er das Wohl der Stadt im Auge behalten. Die Kommune plane aber nicht, auszusteigen - das Programm sei hervorragend. "Sondern es gab Probleme mit der Koordinierungsstelle. Wir haben gesagt, es müssen Dinge gelöst werden - diese wurden in den letzten Wochen gelöst. Wir haben ein klärendes Gespräch geführt."

Christine Jäger hakte nach: "Heißt das nun, dass wir weitermachen? Können wir unseren Antrag zurückziehen?" "Wenn das Parlament nicht abstimmt, dass wir aussteigen, machen wir weiter", antwortete Seum. Till Neumann (CDU) hatte ebenfalls Verständnisprobleme: "Wir haben einerseits den Dringlichkeitsantrag der SPD. Und wie wir Herrn Seum verstanden haben, sind wir nach wie vor Mitglied des Programms 'Demokratie leben' und haben die Arbeit wieder aufgenommen?" Eine Mitarbeiterin der Verwaltung schüttelte mehrfach verneinend den Kopf, worauf der Bürgermeister präzisierte: "Wir haben alle Unwägbarkeiten aus dem Weg geräumt, hatten Gespräche mit dem Koordinierungsausschuss und sind weiter in Gesprächen, um das Projekt fortzusetzen. Wir haben Veranstaltungen geplant und werden diese ausführen." Mit großer Mehrheit stimmten die Stadtverordneten dem SPD-Antrag auf Fortführung zu.

Kreis-Anzeiger

Gelnhäuser Tageblatt

Hiesiger Anzeiger

Lauterbacher Anzeiger

°mittelhessen

Oberhessische Zeitung

Wsin